Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 210. | Dresden, Montag den 11. September 1911. | 22. Jahrg.

Marokkoangst.

Während die Norddeutsche Allgemeine Zeitung am letzten Sonnabend gegen die angeblichen landesverräterischen Massenabsichten des Proletariats die üblichen Entrüstungsphrasen losließ, waren schon längst am Horizont der deutschen Wirtschaft Anzeichen aufgetaucht, die auf einen nahenden Massenschrecken ganz anderer Art schließen lassen, einen Massenstreik des Kapitals. Deroute der Berliner Börse, Sturm in Metz, Essen, Königsberg, Friedrichshagen bei Berlin! Die Sparer, von Kriegsangst geschüttelt, durch unsinnige Ausstreuungen der Kriegshetzer aufgepeitscht, stürmen die Sparkassen, fordern ihre Einlagen zurück und — verweigern die Annahme von Papiergeld!! Der schönste Hundertmarkschein mit dem Wasserdruckbild des „Heldenkaisers" und neue Unterschriften des Reichsbankdirektoriums wird mißtrauisch zurückgewiesen. Gold, Gold ist das einzig Sichere, das müssen ja jetzt die Franzosen gelten lassen, wenn sie nach Königsberg kommen.

Zugleich verzeichnet die Berliner Börse einen schwarzen Sonnabend. Die Kurse weichen nicht mehr bloß, sie gleiten, flattern, stürzen, und trotz aller Beruhigungsversuche maßgebender Stellen, trotz der offenbaren Tatsache, daß ein ernster Grund zu Besorgnissen gar nicht vorhanden ist, greift die Panik um sich, ist der allgemeine Niedergang nicht aufzuhalten. Bankaktien, Montanwerte, Industriepapiere aller Art notieren Handumdrehen um mehrere Prozente niedriger, und die Interventionskäufe des Reichsschatzamts vermögen das Sinken auch der heimischen Anleihe nicht ganz zu verhindern. Rückgang auf der ganzen Linie!

Dieses Gebaren kapitalistischer Angstmeier und Bangbüxen ist lächerlich und blamabel. Aber mit sittlichen Verurteilungen dieses um seinen Mammon besorgten Patriotentums, wie man sie heute auch in offiziösen Blättern lesen kann, wird die Gefahr nicht aus der Welt geschafft. Heute ist sie noch die Sorge der Ueberängstlichen, morgen werden sich ihr auch die Mutigeren nicht zu entziehen vermögen, und übermorgen kann sie Katastrophe für alle werden! Greift die Panik um sich, wiederholen sich die Kurssstürze, zieht sich das Kapital aus den wirtschaftlichen Unternehmungen in den fernen Spartopf zurück, in dem die Bauern in alter Zeit beim Herannahen der Kriegsgefahr ihre Schätze zu verstecken pflegten, dann wird das Geld teuer und knapp, die Unternehmungslust sinkt bis auf den Nullpunkt, die Industrie gerät ins Stocken. Indessen berät der Städtetag über Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit. Das Thema ist vielleicht zeitgemäßer, als mancher ahnt.

Die Lebensmittel sind teuer und werden immer noch teurer. Die Massen müssen ihr Einkommen bis auf den letzten Rest dazu verwenden, die nackte Existenz zu fristen. Für alles, was nur entfernt nach Luxus aussieht, bleibt verzweifelt wenig übrig. Die Bauern haben gleichfalls keinen Ueberfluß, den sie auf den Ankauf von Industrieprodukten verwenden mögen, und es in Stadt und Land schränkt sich auf das Notwendigste ein. Tritt dann noch zur Teuerung, zur Gefahr der Absatzstockung eine Kriegspanik mit all ihren finanziellen Folgen, wie sie jetzt in ihren Anfängen beobachten können, dann ist das Ende nicht abzusehen.

Die Kunst der Diplomatie ist nahe daran, zu zeigen, daß man im Frieden elend geschlagen werden kann. Schließlich wird man sich ja hoffentlich, vermutlich, wahrscheinlich, höchstwahrscheinlich, ja sozusagen gewiß friedlich-schiedlich vertragen, aber bis dahin kann die deutsche Volkswirtschaft tatsächlich schon Verluste erlitten haben, die denen eines verlorenen Krieges gleichkommen. Sie richten ihren Ehrgeiz darauf, die innerafrikanischen Sümpfe richtig aufzuteilen, die politischen Zugeständnisse und wirtschaftlichen Konzessionen in Marokko gewissenhaft gegeneinander abzuwägen.

Daß an einen Krieg um Marokko nur Schwachsinnige oder Verbrecher denken können, scheint man allgemach auch in „nationalen" Kreisen einzusehen. So beginnt die nationalliberale Kölnische Zeitung einen Marokkoartikel: „Es ist schon eine ziemlich hohe Zeit, daß das Kriegsgerede und Kriegsgehetze sich verflüchtigt. Warum sollen wir denn eigentlich Krieg führen?" Und das Blatt schließt nach einer Betrachtung der Situation:

> Bliebe noch die Möglichkeit, daß die jetzt schwebenden Verhandlungen scheiterten, eine Möglichkeit, mit der zu rechnen ist, dann würden wir dann durchaus gezwungen, das Schwert zu ziehen? Wir glauben nicht, daß selbst bei peinlichster Erwägung des Ehrenpunktes die Notwendigkeit vorläge. Deutschland würde in diesem Falle nichts übrig bleiben, als sich auf den Vertrag von Algeciras zurückzuziehen, mit allen diplomatischen Mitteln sich der weiteren Tunisierung Marokkos in den Weg zu stellen und seine wirtschaftlichen Interessen bei jeder Gelegenheit aufs nachdrücklichste geltend zu machen. Eine solche Betrachtung der marokkanischen Händel ist für uns keine verlockende Aussicht; noch weniger genehm aber, so sollte man meinen, müßte sie Frankreich sein. Dieser Ausgang der Dinge wäre zugleich für Frankreich im Frieden eine unabsehbare Bedrohung, und niemand könnte die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, daß über den Meinungen, die dann Platz greifen würden, nicht schließlich doch der Krieg ausbräche. Deshalb wird es sich dafür dort dreimal überlegen, ehe man die großen Worte, die die deutschen Vorschläge der Republik für alle Zukunft bieten, aus der Hand gibt.
>
> Wenn man also, um das Gesagte zusammenzufassen, bei dieser Lage der Dinge hier oder drüben davon redet, die beiden Völker seien bei der letzten Entscheidung angelangt und müßten das Schwert ziehen, so ist das ein unverantwortliches Gerede, das unser Ansehen in der Welt nur schädigen kann.

Und der Berliner Lokalanzeiger bringt in seiner Abendausgabe vom Sonnabend dem 9. September eine lange Beschwichtigungsnote, die ihren Ursprung wohl kaum in der Redaktion des Blattes haben dürfte. Die Börse wird gemahnt, sich nicht durch falsche Gerüchte einschüchtern zu lassen. Es sei bezeichnend, daß selbst in Berlin die Zeitungsredaktionen mit Fragen bestürmt werden, ob es z. B. wahr sei, daß in Magdeburg bereits die Mobilisation angeordnet worden sei. Die Berliner Geschäftsleute sollen sich darüber klar werden, daß sie im Begriff sind, sich vor der ganzen Welt zu blamieren. Weder in Paris noch in London sei eine solche Panik zu verzeichnen gewesen, wiewohl die dortigen Handelskreise von einer wirklichen Kriegsgefahr doch auch sehr ernsthaft berührt würden. Die nachdrücklichsten Versicherungen, daß von einer tatsächlichen Gefährdung des Friedens nicht die Rede sein könne, verhallten wirkungslos, wenn auf der anderen Seite ganz unbeglaubigte, ja direkt sinnlose Gerüchte ausgesprengt werden. Unsere Regierung verhandele mit Frankreich,

> um die beiderseitigen Einflußsphären in Afrika abzugrenzen und zu regeln. Diese Verhandlungen sind jetzt in das entscheidende Stadium getreten, und sie sollen — das ist der feste Wille hier wie in Paris — zu einem Abschluß führen, der nicht nur für heute und morgen, sondern für die Dauer Ruhe und Verständigung schafft. Jeder Geschäftsmann sollte Verständnis dafür haben, daß diese Bemühungen bei der Größe und der internationalen Verstrickheit des Problems nicht durch einen Schriftwechsel von wenigen Tagen oder Wochen zum Ziele geführt werden können. Ueber dieses Ziel ist bereits eine Einigung erreicht, es handelt sich jetzt um die Mittel, die es sichern sollen. Deutschland will sich in Marokko politisch desinteressieren, aber wirtschaftlich sich nicht an die Wand drücken lassen.
>
> Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat, von einigen, ziemlich einflußlosen Kreisen abgesehen, bis jetzt eine würdige Haltung bewahrt. Nur die Geschäftswelt scheint nicht länger ruhig bleiben zu können, gerade sie, die für das Wesen eines guten Handelsgeschäfts — um nichts anderes dreht es sich bei dem Marokko-Abkommen — Verständnis haben sollte."

Die Regierung sollte sich nicht in solcher Entrüstung über die Marokkopanik der Geschäftsleute ergehen. Eine Regierung, die ihr Veto gegen Frankreichs Vorgehen mit der Entsendung eines Kriegsschiffes einlegt, darf sich nicht wundern, wenn ihre friedlichen Absichten in den Kreisen der um ihre Geschäfte besorgten Patrioten keinen rechten Glauben finden. Das übrige besorgen dazu die Kriegshetzer aus Beruf und Intellekt. So tagen gegenwärtig in Düsseldorf die alldeutschen Schreier unter dem üblichen hurrapatriotischem Tamtam und Kriegslärm. Sie haben aber trotzdem Zeit gefunden, eine Resolution anzunehmen, die den Erwerb Westmarokkos fordert und zum Schluß dreist behauptet:

> In genauester Kenntnis der Stimmung der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes stellt der Verbandstag fest, daß eine Politik der Regierung, die diese wesentlichen Gesichtspunkte wahren wird, unser Volk mit Begeisterung zu jedem Opfer bereit findet, während er nicht abzusehen vermag, welche Folge für unser öffentliches Leben ein Ergebnis haben würde, das vom In- und Ausland als deutsche Niederlage aufgefaßt würde. Gerade im Hinblick auf diese Folgen bittet der Verbandstag den Reichskanzler, lieber den Abbruch der Verhandlungen anzuordnen, als einen Abschluß zu vollziehen, der den deutschen Wünschen und Notwendigkeiten nicht voll entspricht.

Die Unverfrorenheit, mit der das alldeutsche Häuflein im Namen „der überwältigenden Mehrheit des Volkes" zum Kriege hetzt, ist schon nicht mehr zu überbieten!

*

Die Verhandlungen.

Paris, 10. September. Die halbamtliche Agence Havas veröffentlicht folgende Note: „Die deutschen Gegenvorschläge über Marokko sind gestern abend hier angekommen; sie werfen gewisse Fragen grundsätzlicher Natur auf und erfordern ernsthafte und eingehende Prüfung." Nach der Meldung verschiedener Blätter werden der Minister des Aeußeren de Selves und Ministerpräsident Caillaux bereits am Dienstag den Ministerrat mit der Angelegenheit der deutschen Gegenvorschläge befassen. Es macht sich der Eindruck geltend, daß eine Einigung zustandekommen wird.

Paris, 10. September. Der Minister des Aeußeren, de Selves, konferierte gestern mit dem in Paris weilenden Präsidenten der Republik, Fallières, und mit dem Ministerpräsidenten Caillaux. Im Ministerium des Aeußeren erklärt man, es sei absolut unangebracht, über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen irgendwelche Angaben zu machen. Das gilt, wie man an unterrichteter Stelle hinzufügt, besonders von den Verhandlungen über die künftige Kamerun-Kongogrenze. Die Regierung macht die Durchführung der Kongoverhandlungen davon abhängig, daß Deutschland sich vorbehaltlos für die weitestgehende Berücksichtigung Frankreichs bei Vergebung der öffentlichen Arbeiten in Marokko erklärt: Dies sei nun einmal ihr Hauptprofit bei dem ganzen Handel. Die Erörterung dieser Punkte wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da Deutschland Bürgschaften dafür verlangt, daß Frankreich von der angestrebten Freiheit der Begünstigungen dieser und jener Kapitalistengruppe nicht einen dem Grundsatze der offenen Tür hohnsprechenden Gebrauch machen werde. Bei dieser Angelegenheit sind auch andere Großmächte interessiert.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatze.

Madrid, 10. September. Die Morgenpresse bringt spaltenlange Schilderungen des vorgestrigen Kampfes am Kertfluß, den monarchistische Blätter als eine glorreiche Waffentat spanischer Truppen und die Republikaner Vergleiche mit dem ähnlichen Beginn des Rifkrieges anstellen und die Regierung vor Abenteuern ohne Befragung der Cortes warnen. Die Oeffentlichkeit ist sichtlich beunruhigt, namentlich auch durch die Tatsache, daß die bei der Entsendung neuer Truppen amtlich angegebene Ziffer 3000 erheblich zu übersteigen scheint.

Madrid, 10. September. Der Premierminister gab bekannt, daß die Kanonenboote Infante Isabel und Concha die Maurendörfer an der Küste von Alhucemas beschossen haben. Von den Kriegsschiffen aus hat man deutlich die fürchterliche Wirkung der Geschosse bemerkt. Die Marokkaner erwiderten die Beschießung durch heftiges Gewehrfeuer, jedoch erreichten die Kugeln die spanischen Schiffe nicht. Gestern sollte die Beschießung fortgesetzt werden, es traf jedoch Gegenbefehl ein, da der Kaid Bachir mit den Alhucemasmauren zwecks Unterwerfung verhandelt.

Parteitag in Jena.

Eröffnungssitzung.

Die hellen und edlen Räume des Volkshauses, die die stille und tätige Menschlichkeit eines Gelehrten geschaffen, nehmen innerhalb sechs Jahren zum zweitenmal den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auf. Schon früh strömen Delegierte und die Jenaer Arbeiterschaft in den Saal, der bald dicht gefüllt ist. Als August Bebel erscheint, wird er stürmisch begrüßt.

Mit dem Meistersinger-Chor „Wach' auf" leiten die Jenenser Arbeitersänger die Verhandlungen stimmungsvoll ein.

Leber, Jena, begrüßt den Parteitag. Er gedenkt der Schöpfung Ernst Abbes, dessen Wirken von seinen kleinen politischen Nachkommen verlassen worden ist. Auch in Sachsen-Weimar befindet sich die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten in rüstigem Fortschritt. Er hofft große Erfolge bei den Reichstagswahlen.

Bebel antwortet. Er entwirft ein großes politisches Weltbild. Wie im Jahr des ersten Parteitages in Jena die Marokkokrisis die Völker erregte, so auch jetzt. Wir werden uns über die Abrüstungsfrage nicht mehr streiten. Die Welt steht im Zeichen der Aufrüstung, die einmal zur Katastrophe treiben muß. Neue Steuervorlagen, neue Marinevorlagen und eine Teuerung, die sich steigern wird, stehen uns bevor. Mit glücklichem Humor und doch ernstem Nachdruck streift er die Angriffe auf den Parteivorstand. Diese Kritik beweist die Lebenskraft der Partei. Die „Regierung" wird sich wehren, aber sie wird alle Besserungsvorschläge prüfen. Ueber die Wahlaussichten soll man sich vor Optimismus hüten. Die Gegner drohen mit neuen Ausnahmegesetzen. All das kann Einzelne schädigen, die Bewegung selbst überwindet alle Hemmungen.

Nachdem die Worte des greisen Führers verklungen, konstituiert sich der Parteitag.

Dietz und Leber werden Vorsitzende.

Dietz beginnt mit einem schlichten Nachruf auf den Präsidenten der früheren Parteitage, Paul Singer.

Die provisorische Tagesordnung wird bestätigt. Die Abänderungsvorschläge (Marokko) werden zurückgezogen, nachdem Bebel erklärt, er werde die Marokkofrage innerhalb seines Referats behandeln.

Es wird noch beschlossen, am Denkmal Ernst Abbes einen Kranz niederzulegen.

Dann beginnt ein Konzert. ks.

Deutsches Reich.

Der Notstand und die Regierung.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet in ihrer Nummer vom Sonnabend abend, daß die Regierung sich mit der Frage beschäftige, was für Maßregeln zur Linderung des Notstands zu ergreifen seien, der durch die anhaltende Dürre verursacht worden sei. Sie schreibt:

„Die Staatsregierung hatte, sobald die Futternot einen gefahrdrohenden Umfang annahm und erkennbar war, daß auf eine wesentliche Besserung nicht mehr zu hoffen sei, die sofortige Einführung von Notstandstarifen beschlossen und durch eine Reihe anderer Maßregeln fördernd eingegriffen. Inzwischen ist geprüft worden, was weiter geschehen kann, um den durch die Dürre gefährdeten Interessen mit augenblicklichen, praktischen Maßnahmen zu Hilfe zu kommen. Alle Möglichkeiten, von denen man sich in dieser Hinsicht einen Erfolg versprechen kann, sind eingehend erwogen worden. In der bevorstehenden Sitzung des Staatsministeriums wird über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit der einzelnen Vorschläge entschieden und das danach Erforderliche sogleich veranlaßt werden."

Dann aber wendet sich das Regierungsblatt dagegen, daß die Teuerung dazu benutzt wird, um dem deutschen Volke zu zeigen, wie schwer es unter der Wirtschaftspolitik der Regierung und den herrschenden Parteien leidet. Es führt aus:

„Wir bedauern, daß hie und da versucht wird, die durch ein elementares Ereignis hervorgerufene Not, die zunächst die landwirtschaftlichen Produzenten in den von der Dürre leidenden Landesteilen trifft, aber auch in jedem Haushalt durch die Verteuerung von Lebensmitteln fühlbar wird, zur Bekämpfung unserer Wirtschaftspolitik auszunutzen. Wie wenig unser wirtschaftspolitisches System für den gegenwärtigen Notstand verantwortlich gemacht werden kann, zeigt am besten die Tatsache, daß die Folgen der ungewöhnlichen klimatischen Erscheinungen dieses Jahres sich mit gleicher und größerer Härte auch da geltend machen, wo die Wirtschaftspolitik auf anderer Grundlage beruht."

Das ist eitel Spiegelfechterei, durch die sich das deutsche Volk nicht hinters Licht führen lassen darf. Die Verteuerung der Lebensmittel infolge der herrschenden Trockenheit muß natürlich besonders drückend empfunden werden, weil schon seit Jahren das deutsche Volk unter der dauernden Verteuerung aller Lebens- und Genußmittel durch die Steuer- und Zollpolitik des Deutschen Reichs seufzt.

Außerdem würde die jetzige Teuerung zweifellos einen so

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110911/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG